

Pommersche Zeitung



Führende Tageszeitung Pommerns • Parteiamt. Zeitung der NSDAP. Gau Pommern
Nachrichtenblatt der Landesbauernschaft, der Deutschen Arbeitsfront sowie aller Behörden

6. Jahrgang

Freitag, den 2. Juli 1937

Nr. 2

Verlag: Pommersche Zeitung, Pommerscher Druckverlag G.m.b.H., Stettin, Breite Straße 51. Schriftleitung: Stettin, Große Dammstraße 2-3. Bureau: Stettin, Nummer 233 St. Druck: H. Oeffelmann, Stettin. Die „Pommersche Zeitung“ erscheint wöchentlich sechsmal wochentlich. Bezugspreis: Monatlich 1,75 RM, wöchentlich 0,42 RM. Druckerei: Pommerscher Druckverlag G.m.b.H., Stettin, Breite Straße 51. Druck: H. Oeffelmann, Stettin. Die „Pommersche Zeitung“ erscheint wöchentlich sechsmal wochentlich. Bezugspreis: Monatlich 1,75 RM, wöchentlich 0,42 RM. Druckerei: Pommerscher Druckverlag G.m.b.H., Stettin, Breite Straße 51. Druck: H. Oeffelmann, Stettin.

Heute lesen Sie:

- Die Verelendung des Sowjetarbeiters**
Für einen Tagelohn nur 1 kg Kleinschmalz
- Pumpversuche im Beichtstuhl**
Vier Jahre Zuchthaus für betrügerischen Pfarrer
- Bestandsaufnahme für Eisen und Stahl**
Vorräte über 10 Tonnen bis 15. Juli melden
- 50 Sowjet-Kanonenboote drohen**
Bedrohliche Zuspitzung der Lage in Fernost
- Reichsparteitag vom 6.—13. September**
Ein Tag mehr für die NS-Kampfpiele
- Neue Streikunruhen in USA.**
An einem Tag 120 Verletzte in Cleveland
- Alle Macht dem Reichsverweser**
Neues Staatsautoritätsgesetz in Ungarn

London erwartet das deutsche Nein!

Das Nichteinmischungs-system praktisch und moralisch völlig gescheitert — Erkennt England Franco als kriegsführende Macht in Spanien an? — Heute entscheidende Ausnahmefügung

Drahtbericht unseres Korrespondenten

2. Juli, London.

Die britischen Hoffnungen, mit Frankreich zusammen ein einseitiges Kontrollmandat über Spanien zu erhalten, liegen in der letzten Zeit im Sande. Das endgültige Nein von Seiten Deutschlands und Italiens gegenüber einer Kontrolle, deren unparteiischer Charakter nicht sichergestellt ist, wird für heute vorläufig erwartet.

Mit dem Plymouth-Vorschlag erledigen sich dann zugleich auch die Rechte des seit dem 19. April bestehenden Kontrollsystems. Die Politik der Mächte im Zusammenhang mit Spanien tritt damit in eine neue Phase ein. Der Vorbereitung der englischen Politik für die veränderte Situation galt die letzte Sitzung des britischen Kabinetts. Nach Andeutungen der Londoner Presse würde England Franco-Spanien als kriegsführende Partei und damit den Kriegszustand in Spanien endlich anerkennen; zugleich würde die britische Außenpolitik für eine allgemeine Neutralitätserklärung von Seiten der Mächte eintreten, die bisher im Nichteinmischungs-ausschuss vertreten sind. Das neueste Schlagwort dafür ist: „Kontrollierte Neutralität“, deren Wesen allerdings noch der Klärung bedarf.

Die „kontrollierte Neutralität“ scheint eine neue Auflage der durch das zusammengebrochene Kontrollsystem jätzlich bekannten Hindernisse zu sein. Sie würde u. a. die absurde Aussicht eröffnen, daß Moskau sich und andere auf „Neutralität kontrolliert“. Zahlreiche telephonische Rücksprachen zwischen dem Foreign Office und Paris zeigen im übrigen an, daß England und Frankreich ihre gemeinsame Politik in allen Spanien angehenden Fragen fortsetzen wollen. Die von den spanischen Bolschewisten vor einigen Tagen verbreitete Meldung über eine angebliche „Geheimnisvolle Flotten-demonstration“ von sieben fremden Kriegsschiffen vor der spanischen Insel Menorca wird an zuständigen englischer Stelle nicht bestätigt. Es wird in London darauf hingewiesen, daß ein diesbezüglicher Bericht bei der englischen Admiralität nicht eingegangen ist. Somit ist ein neues Schwindelmandat der Valencia-Bolschewisten gründlich entlarvt.

Eingeständnis Moskauer Einmischung

Warschau, 2. Juli.
Der berühmte französische Gewerkschaftsbosse Jouhaux hat in einer vertraulichen Sitzung des zur Zeit in Warschau tagenden Generalkongresses der marxistischen Gewerkschaftsinternationale die bemerkenswerte Mitteilung gemacht, daß die Gewerkschaftsinternationale bis jetzt 19 Millionen französische Franc (1) den Valencia-Bolschewisten zur Verfügung gestellt habe.
Davon seien 11 Mill. Franc allein von Frankreich ausgebracht worden. Die französische Sektion der Gewerkschaftsinternationale habe auch nach der Nichteinmischungserklärung der französischen Regierung noch beträchtliche Munition, und Waffen-transporte nach Valencia geschickt.

Englands Sündenregister

2. Juli, Rom.
Mit dem Problem der Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen beschäftigt sich im „Giornale d'Italia“ der bekannte Leitartikler dieses Blattes, Garbada.
Er erklärt, daß England hinsichtlich des Freiwilligenproblems seine eigene Haltung erklären müsse, und fügt hinzu: „England hat Freiwillige nach Spanien geschickt, hat zugesichert der vorhandenen Kontrolle und Aeden in London bis zu dem heutigen Tage Waffen und Munition nach Spanien geliefert,

Englische Schiffe, die in Bilbao eintrafen, um die dortige Bevölkerung zu „schützen“, haben vier ganz neue Batterien ausgeladen für die erfolglose Verteidigung der Stadt gegen den Ansturm der Nationalisten. Der englische Transportdampfer „Drakone“, der am 3. Juni Gibraltar anließ, hatte zusammen mit einer anderen Ladung 1000 Tonnen Explosivstoffe für die Roten an Bord“, schreibt Garbada.

„Wir wissen ebenfalls, daß die Londoner Imperial Airways-Gesellschaft gegenwärtig mit Sozialisten, der in Paris für die basische Regierung tätig ist, über den Verkauf von fünfzehn Flugzeugen verhandelt. Die Verhandlungen werden auf englischer Seite von Carrigan durchgeführt. Hierzu müsse sich London einmal deutlich äußern.“

Ein „Grenzwischenfall“

San Sebastian, 2. Juli.
Havas hatte aus Sagonne gemeldet, daß es an der französisch-spanischen Grenze zu einem ersten Zwischenfall gekommen sei, da Grenzwächter von den nationalspanischen Militärbehörden entfernt und an deren Stelle die nationalspanische rote Fahne aufgezogen worden sei.

Der spanische Grenzkommandant von Brun erklärt dazu, daß es sich bei dem „Grenzwischenfall“, der sich etwa zehn Kilometer südlich von St. Jean de Luz ereignet habe, um einen Vorgang ohne jegliche Bedeutung handele.

16 basische Flüchtlingkinder, die in Hospitälern in La Rochelle untergebracht waren und die sie verpflegenden Schwestern täglich bedroht hatten, wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen und nach Nantes in Polizeihaft übergeführt.

Die Polizei hatte größte Mühe, der Flüchtlingkinder Herr zu werden, da diese drohten, sich mit Gewalt dem Abtransport zu widersetzen. Es hat sich herausgestellt, daß einige der kaum über 15 Jahre alten Burschen vor der Einnahme Bilbaos in den basischen Linien getötet haben. Als der Abtransport von La Rochelle vor sich gehen konnte, ließen die Kinder wilde Drohungen aus, sie würden mit Revolvern und Gewehren bewaffnet zurückkommen und Rache üben.

Reichsparteitag: 6. bis 13. September

Um einen Tag wegen der Durchführung der NS-Kampfpiele verlängert — Organisationsleitung hat die Vorarbeiten angenommen — Dr. Ley traf in Nürnberg ein

Berlin, 2. Juli.
Der diesjährige Reichsparteitag in Nürnberg findet in der Zeit vom Montag, dem 6. September, bis einschließlich Montag, dem 13. September, statt. Im Hinblick auf die erstmalige Durchführung der NS-Kampfpiele ist die Dauer des Reichsparteitages gegenüber den früheren Reichsparteitagen um einen Tag verlängert worden.
Die Organisationsleitung des Reichsparteitages 1937 hat die Vorarbeiten in der Stadt

der Reichsparteitage inzwischen in vollem Umfang ausgenommen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley traf aus diesem Anlaß am Donnerstag mit dem Flugzeug in Nürnberg ein und wurde von dem Frankensführer Gauleiter Julius Streicher empfangen. Anschließend fand im Gauhaus die Begrüßung Dr. Leys, seines Stellvertreters Staatsrat Schmeer und seines Stabes durch den Gauleiter Julius Streicher statt.

Bestandserhebung für Stahl und Eisen

Vorräte über 10 Tonnen sind bis 15. Juli zu melden — Einzelheiten der Anordnung

Berlin, 2. Juli.
Auf Anweisung des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring als Beauftragten für den Vierjahresplan, erfolgt eine allgemeine Bestandserhebung über das gesamte am 30. Juni 1937 im Reich lagernde Eisen- und Stahlmaterial.
Zu diesem Zweck erläßt die Überwachungsstelle für Eisen und Stahl eine Anordnung, die bestimmt: Wer am 30. Juni 1937 einen Lagerbestand von insgesamt mehr als 10 Tonnen Eisen- und Stahlmaterial im Eigentum hat, ist verpflichtet, diesen Bestand bis zum 15. Juli 1937 der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl zu melden.
Für die Meldungen sind Formblätter zu verwenden, die von den zuständigen Wirtschaftszweigen bzw. Handwerkskammern ihren Mitgliedern überhandt werden. Wenn Meldepflichtige die Formblätter nicht bis zum 10. Juli 1937 erhalten haben, sind diese sofort von der zuständigen Wirtschaftszweigen bzw. Handwerkskammer anzufordern. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft und die in Betracht kommenden öffentlichen und privaten Meldepflichtigen haben Sorge zu

treffen, daß die Bestandserhebungen umgehend durchgeführt werden können.
Die Überwachungsstelle für Eisen und Stahl ist angewiesen, Verstöße unmissverständlich zu verfolgen.

Auch England sammelt Alteisen

London, 2. Juli.
Infolge der hohen Anforderungen des Aufrüstungsprogramms sieht sich die englische Industrie einer fühlbaren Stahlknappheit gegenüber, die bereits zu einem starken Anziehen der Stahlpreise geführt hat. Man rechnet auch mit einer weiteren Verabfeinerung der Stahlhülle.
Wie die „Morningpost“ meldet, sollen in nächster Zeit auch große Sammlungen von Alteisen durchgeführt werden. Eine weitere Folge des Steigens der Stahlpreise ist die Erhöhung der Preise für Kraftwagen. Die Austin-Kraftwagen-Gesellschaft hat mitgeteilt, daß vom 1. Juli ab ihre Preise für Kraftwagen, Schiffsmotoren und Ersatzteile erhöht werden, und zwar im Ausmaß von 5 bis 15 v. H.

Letlands politische Linie

Eindrücke von einer Baltikum-Reise
Von unserem Korrespondenten
Arthur Reiß, Danzig

Es sind jetzt drei Jahre her, daß der damalige Ministerpräsident Dr. Karl Ulmanis in Lettland die Macht an sich griffen hat. Mit einem überraschenden Staatsstreich machte er in der Nacht vom 15. zum 16. Mai 1934 dem parlamentarischen Spuk ein Ende. In der kurzen Zeit, die seit der Erlangung der staatlichen lettischen Selbständigkeit bis zu diesem Tage vergangen war, hatten etwa zwanzig Regierungen im Lande herumregiert, hatten sich 26 Parteien in dem 100 Abgeordnete zählenden Parlament herumgefrüht und dabei das Land an den Rand des Ruins gebracht.

Es bedurfte großer Tatkraft, um in einer fast aussichtslos erscheinenden Situation das Steuer herumzureißen, und großer Umsicht, um die Entwicklung des Landes in geregelte Bahnen zu lenken. Heute nun wird jeder objektive Beobachter feststellen können, daß die Regierung des Diktators Ulmanis Lettland gefördert hat. Innerpolitisch herrscht Ruhe. Die Parteien sind beiseite gelassen. Die Staatsführung ist kraft und einheitlich. Die Schaffung eines neuen Zivilrechts hat dem Lande ein einheitliches Zivilrecht gegeben. Die Landwirtschaft als die tragende Kraft des lettischen Staates hat in allen ihren Zweigen Förderung erfahren. Der Staat hat die Regelung und Leitung der Ausfuhr von Agrarprodukten in seine Hand genommen. Der Export der wichtigsten Agrarprodukte ist verstaatlicht.

Auch hinsichtlich der Industrie und des Handels gehen vom Staate starke Impulse aus. Fahrten durch das lettische Land und die kleinen Städte zeigen eine verhältnismäßig rege Bautätigkeit, von der auch das Stadtbild Riga zeugt. Hier ist im Herzen der Stadt das imposante lettische Freiheitsdenkmal entstanden, das in seiner künstlerischen Ausführung an die finnische Denkmalskunst erinnert. Man hat ferner eine Reihe öffentlicher Gebäude errichtet und neue Plätze angelegt. In der zweiten Hälfte des Mai wurde der Grundstein zur Errichtung einer großen Kraftstation an der Düna bei Rezum gelegt. Man baut dort einen Damm, der einen Kilometer lang, fünfzehn Meter hoch und am Fuße zwanzig Meter breit sein wird. Der dort entstehende See wird 45 Kilometer lang und anderthalb Kilometer breit werden. Die Kapazität der Generatoren des Kraftwerks soll nach dem endgültigen, für das Jahr 1939 erwarteten Ausbau 70 000 Kilowatt betragen. Ein Bau, von dessen Auswirkungen auf die lettische Wirtschaft man sich viel verspricht und mit dem man, nach den Worten des Finanzministers Ehtis, „das grandiosste Denkmal für das Lettland des 15. Mai und unsern Volksführer (Ulmanis)“ erstellen soll. Die Errichtung dieses Kraftwerks ist schwedischen Firmen übertragen worden und wird etwa 35—40 Millionen Lat kosten, von denen ca. 14 Millionen auf eine schwedische Anleihe entfallen.

Durch die im Herbst des vergangenen Jahres vorgenommene Umwertung des Lat hat die lettische Wirtschaft einen gewissen Auftrieb bekommen. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit dieser Umwertung sind in lettischen Wirtschaftskreisen jedoch sehr geteilt. Man weiß vielfach darauf hin, daß die Umwertung sehr spät erfolgt ist und in eine Zeit fiel, in der die allgemeine Wirtschaftsbeklemmung eine Umwertung eigentlich überflüssig machte. Die Regierung hat sich zwar zu verhindern bemüht, daß sich die Preise sofort dem neuen Währungsstand anpaßten, aber es ist sehr fraglich, ob sie die Preisbewegung, die dann doch eintrat, wird aufhalten können. Die Kosten der Lebenshaltung in Lettland sind jedenfalls spürbar gewachsen. Die Fleisch- und Eierpreise sind bisher um etwa zehn Prozent gestiegen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß es sich hier um Produkte des eigenen Landes handelt. Die handwerklichen Erzeugnisse sind um etwa fünfzig Prozent teurer geworden. Bei den eingeführten Fertigwaren sind die Preise um 40 bis 80 Prozent heraufgegangen, während die Preise für Rohstoffe und halbfertige Produkte, die aus dem Ausland kommen, nicht ganz so stark gestiegen sind, weil Zollherabsetzungen und Vereinbarungen mit einzelnen Lieferländern sich hier nützlich und vorteilhaft auswirkten. Bisher ist die Preisbewegung noch zu keinem Abbruch gekommen, und die Regierung wird sich über kurz oder lang wohl doch gezwungen sehen, den Folgen